

Vielfalt, Offenheit, Begegnung

Herausforderungen künftiger Arbeit im Verbund hessischer Volkshochschulen

Christoph Köck

„(...) Bildung für alle ist zu einer der wichtigsten Herausforderungen moderner Gesellschaften geworden, das lebenslange Lernen zu einer Notwendigkeit für jeden von uns. Was fehlt, ist die Verankerung der Weiterbildung im Bildungssystem, insbesondere deren ausreichende Finanzierung. Bildung ist ein öffentliches Gut. Dieses gilt es zu schützen (...).“ (Süssmuth 2011, S. 7)

Mit dieser prägnanten Aussage leitete im Jahr 2011 die damalige Präsidentin des Deutschen Volkshochschul-Verbandes (dvv), Prof. Dr. Rita Süssmuth, die Publikation „Die Volkshochschule – Bildung in öffentlicher Verantwortung“ ein. Dem dvv gelang es, in dieser 65 Seiten umfassenden Schrift die grundlegenden Positionen der Bewegung Volkshochschule zu manifestieren. Das Zitat von Rita Süssmuth enthält vier einschlägige Stichwörter, die einen Gutteil des rezenten Kosmos des Hessischen Volkshochschulverbandes und seiner Mitgliedseinrichtungen umreißen und für die künftige Verbundarbeit von Relevanz sind. Leicht modifiziert sind dies: gesellschaftliche Modernisierung, Lernen im Lebenslauf, Verankerung von vhs im Bildungssystem, Entwicklung der Volkshochschule in öffentlicher Verantwortung.

1. Gesellschaftliche Modernisierung

Der Soziologe Dieter Goetze beschreibt Modernisierung konzise als „Auf-Dauer-Stellung und Beschleunigung des Wandels“ (Goetze 2004, S. 380). Diese Definition korreliert mit der zu beobachtenden hohen Dynamik im Bereich der Erwachsenenbildung im vergangenen Jahrzehnt und verweist auf bevorstehende Veränderungsprozesse, mit denen sich die Volkshochschulen und ihre Verbundorganisationen auseinandersetzen werden.

Die Arbeit der Volkshochschulen und ihrer Verbände – dies gilt nicht nur für Hessen – gerät mit Beginn des 21. Jahrhunderts unter erheblichen Einfluss von weltweit spürbaren gesellschaftlichen und ökonomischen Verwehungen. Dies liest sich zunächst einmal ziemlich großspurig, versteht sich doch die Volkshochschule berech-

tigterweise als kommunale oder kommunal angebundene Bildungseinrichtung, die Wissen vor Ort gestaltet und dieses für möglichst viele Bevölkerungsgruppen einer Region zugänglich macht. Und dennoch wird zunehmend sichtbar und spürbar, dass die Ausrichtungen und Verflechtungen der Organisationen immer stärker unter dem Einfluss globaler Entwicklungen verlaufen.

Das bundesdeutsche Zuwanderungsgesetz, eine Folge europäischer und weltweiter Migrationsbewegungen, wurde mit Beginn des Jahres 2005 in Kraft gesetzt. Es bewirkte, dass sich fast alle Volkshochschulen in Hessen dazu entschlossen, Integrations- und Orientierungskurse in ihr Programm aufzunehmen. Da die Nachfrage nach diesen Angeboten bis heute kontinuierlich wuchs und diesem Bedarf von den Volkshochschulen auch entsprochen wurde, begann das bundesseitig vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geförderte Integrationsprogramm das „klassische“, offene Angebot an vielen Einrichtungen zu überlagern. An einigen Volkshochschulen machen die Integrationskurse heute, 11 Jahre nach ihrer Einführung, bereits 30 und mehr Prozent der Gesamtunterrichtsstunden aus (Huntemann/Reichart 2015). Festzustellen ist auch, dass die Teilnehmer/innen der Integrationskurse bislang nur in geringem Umfang für die klassischen vhs- Programmfelder zu begeistern sind. Das vhs-Markenzeichen „Offenheit“ stößt derzeit an die Grenzen unterschiedlicher Bildungstraditionen und Bildungszugänge. Diese zu überwinden ist ein Anliegen, das die hessischen Volkshochschulen und ihr Verband gemeinsam angehen wollen.

Für den hvv als Dachorganisation stellt sich die Aufgabe, die Überlagerung in ihrer Wirkmächtigkeit zu bewerten und gemeinsam mit den Mitgliedseinrichtungen strategisch auszuloten. Mit der hohen Zuwanderung von Bürgerkriegsflüchtlingen, die seit Herbst 2015 Deutschland kennzeichnet, beschleunigt sich dieser Wandlungsprozess. Für den hvv bestehen die Herausforderungen darin, die Volkshochschulen adäquat auf der operativen Ebene zu unterstützen: eine Vielzahl neuer öffentlicher Förderprogramme zu kommunizieren und zu beraten, Fortbildungen und Foren zu organisieren sowie den notwendigen Prozess der interkulturellen Öffnung des Verbandes und seiner Mitgliedseinrichtungen zu intensivieren und zu begleiten. In der bildungspolitischen Lobbyarbeit geht es um die systematische Ressourcenerschließung (Finanzmittel, Lehrkräfte), für die landes- und bundesweit Lösungen gefunden werden müssen.

Eine weitere Form gesellschaftlicher Modernisierung wird seit einigen Jahren durch den Prozess der Digitalisierung ausgelöst. Die Bundesregierung hat im August 2014 die „Digitale Agenda für Deutschland“ verabschiedet. Sie beschreibt darin die Gestaltungschancen und Herausforderungen unserer immer stärker durch das Internet vernetzten Gesellschaft. Die Agenda eröffnet ein Bündel an Aktivitäten für die Felder Politik, Wirtschaft, Sozialwesen, Verwaltung, Kultur, Wissenschaft und Bildung, mit dem Ziel, die Digitalisierung aktiv für die Verbesserung unserer Lebenswelten nutzbar zu machen. Dabei kommt den Institutionen der Erwachsenen- und Weiterbildung eine besondere Bedeutung zu. Ihre Aufgabe wird beim Transfer des Wissens um digitalisierte Lebensbereiche gesehen, wie auch in der kritischen Auseinandersetzung um deren Gehalt im Kontext politischer Bildung. Der Weiterbildung wird

zudem eine zentrale Rolle für den Prozess der Neugestaltung des Lernens in einer digital vernetzten Gesellschaft zugeordnet (Die Bundesregierung 2014, S. 22 ff).

Die Volkshochschulen und ihre Verbände agieren seit Langem als aktive Mitgestalter des gesellschaftlichen Digitalisierungsprozesses. Für weite Bevölkerungskreise sind sie Triebfedern und Begleiter des Wandels: Seit den 1980er Jahren gewährleiten Volkshochschulen die Teilhabe am „Computerwissen“ verlässlich und umfassend. In der ersten Phase der Digitalisierung ging es vor allem um das Vermitteln und Erlernen des Umgangs mit Technik und mit Anwender-Programmen sowie um den Einsatz erster digitaler Lerninhalte im Unterricht, z. B. im Rahmen von Sprachlehrwerken. Heute geht es um einiges mehr. Mit digitalen, internetbasierten Werkzeugen vernetzen wir nahezu alle unsere Lebensbereiche, auch das Lernen (vgl. Dräger/Müller-Eiselt 2015). Alle Bildungsbereiche haben sich – in noch verhaltener Geschwindigkeit – auf den Weg begeben und versuchen, Internet gestütztes Lernen für ihre Angebote zu nutzen. Dies betrifft die öffentlichen Einrichtungen genauso wie die privaten Institutionen. Eine rein analoge Konzeption des Lernens in der Erwachsenenbildung erscheint kaum zukunftsfähig. Wenn jüngere Menschen heute in die Volkshochschule kommen, sind sie hinsichtlich der Nutzung des Internets als Lernraum vorerfahren. Die Verbindung von virtuellem Wissenserwerb, gemeinsamen Lernen online und neuen Präsenzlernmodellen mit dem Ziel, Lernen im sozialen Kontext stärker zu personalisieren, wird ein didaktischer Königsweg der Zukunft sein. Der Deutsche Volkshochschul-Verband hat unter wesentlicher Mitwirkung des hvv im Jahr 2015 ein Strategiepapier verabschiedet, das „Erweiterte Lernwelten für Volkshochschulen in Deutschland“ überschrieben ist (Köck/Will, 2015). Dieses Papier wurde im Frühjahr 2016 durch einen Masterplan ergänzt, der die Wege und Maßnahmen der Umsetzung der Strategie in den kommenden drei Jahren beschreibt. Um die Volkshochschulen für das Konzept der „Erweiterten Lernwelten“ zu gewinnen, sind Aktivitäten der Verbände vorgesehen, die eine möglichst große Partizipation der Einrichtungen ermöglichen. Hierzu gehören der Aufbau eines Portals mit gemeinsam nutzbaren Lerninhalten und Lernwerkzeugen, ein Fortbildungsangebot für vhs-Kursleiter/innen und -Mitarbeiter/innen sowie der Aufbau von sogenannten „Digicircles“, Verbänden aus drei bis fünf Volkshochschulen, die sich gemeinsam auf den Weg machen, am Beispiel von Modellprojekten analoge und digitale Lernwelten miteinander zu verknüpfen. Im Rahmen von Hessencampus-Leitprojekten haben die Volkshochschulen und der hvv hier in den letzten Jahren bereits vorgearbeitet. In Kooperation mit studiumdigitale der Goethe-Universität Frankfurt wurden eine gemeinsame technische Infrastruktur für vhs-Angebote aufgebaut, zwei Fortbildungsreihen konzipiert und eine Reihe von regelmäßigen Fach-Veranstaltungen durchgeführt.¹

2. Lernen im Lebenslauf

Der absehbare Umbruch der Gesellschaft durch Formen der Digitalisierung wird sich besonders in der Arbeitswelt äußern. Konzepte wie „Industrie 4.0“ oder „Arbeit 4.0“ beschreiben eine Wirtschaftsform, bei denen der produktiv arbeitende Mensch zu-

nehmend durch digital vernetzte, algorithmisch programmierte Werkzeuge ersetzt wird (vgl. z. B. Ramge 2015, S. 48 ff.). Neue Arbeitsplätze werden zweifelsfrei an anderer Stelle geschaffen, ob in vergleichbarer Anzahl und Qualität, ist derzeit noch nicht auszumachen. Der Wandel ist bereits heute hochdynamisch und die Veränderungen betreffen sowohl die eigentliche Produktion als auch die Dienstleistungstätigkeiten. Da die konkreten Auswirkungen auf einzelne Berufsfelder nicht auf längere Sicht vorhersehbar sind, ergeben sich für Weiterbildungseinrichtungen neue Zielrichtungen. Die klassische berufliche Bildung, die heute noch vorwiegend mit festen Fortbildungskonzepten für ein auf „Lebenslänge“ angelegtes Berufsbild arbeitet, wird vor neue Anforderungen gestellt: Wie können wir als Weiterbildungsträger Menschen adäquat auf einem „Beruf“ vorbereiten, wenn wir nicht abschätzen können, welche Tätigkeiten in zehn oder 15 Jahren bereits weitestgehend automatisiert sind bzw. welche neuen beruflichen Formen eigentlich entstehen werden? In der beruflichen Bildung werden personalisierte und eher auf kurze oder mittlere Sichtweite angelegte Weiterbildungskonzepte eine deutlich höhere Relevanz bekommen als heute. Volkshochschulen und ihre Verbände werden diese neuen Anforderungen beobachten und konzeptionell flankieren. In Hessen wurde dazu in den vergangenen Jahren bereits einiges vorbereitet. Der AZAV-Verband² der Volkshochschulen und die Hessen-campus-Initiativen, die ihren Schwerpunkt in der trägerübergreifenden Bildungsberatung setzen, können hier auf wertvolle Erfahrungen zurückgreifen. Seitens der hvv-Geschäftsstelle wurden mehrere Leitprojekte im Themenfeld Bildungsberatung durchgeführt (vgl. z. B. Schemmann/Seitter 2014).

Volkshochschulen wurden in den vergangenen 10 Jahren immer stärker zur tragenden Säule des öffentlich verantworteten Konzepts des „Lernens im Lebenslauf“ (Lebensbegleitendes Lernen). „Junge vhs“, „talentCAMPus“-Initiativen, berufliches Übergangsmanagement, Seniorenakademien: keine andere Bildungseinrichtung in Deutschland verfügt konzeptionell über ein solch breit angelegtes Themenspektrum und über ein so dezidiert alle Generationen umspannendes Lernangebot.

Lebensbegleitendes Lernen wird in Zukunft neben diesen altersadäquaten Formaten und Inhalten auch verstärkt Lernarrangements umfassen, die auf spezifische Lebenssituationen ausgerichtet sind und die nicht unbedingt mit dem Alter der Teilnehmenden korrelieren. Hierzu gehört zum Beispiel ein dezidiertes Angebot im Bereich Grundbildung und Alphabetisierung, das mittlerweile in nahezu allen Volkshochschulen zum Standardprogramm gehört. Um die Zahl der funktionalen Analphabeten zu verringern, werden vom Land Hessen in den nächsten Jahren aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds regionale Förderangebote in Grundbildungszentren etabliert. Auch mehrere Volkshochschulen sind hier als Trägerinstitutionen ausgewählt worden. Der hvv unterstützt die Volkshochschulen im Bereich Grundbildung durch Fachanalysen, Know-how-Transfer sowie durch landesweite und regionale Vernetzungs- und Fortbildungsaktivitäten.

Weitere Arbeitsvorhaben für das Lernen in spezifischen Lebenssituationen ergeben sich aus dem Diversitätsparadigma. Inklusion und interkulturelle Öffnung sind zwei strategische Ansätze, die im Hessischen Volkshochschulverband in den kommenden Jahren weit vorn auf der Agenda stehen. Im Verbund gilt es, ein Fortbil-

dungs- und Arbeitsprogramm umzusetzen, das die Einrichtungen dazu motiviert, für die vielfältigen Lebenssituationen in der Gesellschaft angemessene Lernkontexte zu schaffen und sich selbst als interkulturelle Lernorte weiter zu öffnen – mit durchaus auch transformatorischen Effekten für die Organisationen. Auch die Genderperspektive gehört in dieses Feld. Männer sind unter den Teilnehmenden der Volkshochschule stark unterrepräsentiert, das gleiche gilt für das vhs-Personal, für die Mitarbeiter und Kursleiter der Volkshochschulen.

Nimmt man das Diversitätsparadigma ernst, dann ist dieses kaum mit dem gern verwendeten Slogan der öffentlichen Erwachsenenbildung „Bildung für alle“ umzusetzen. Dass heute eine Institution „für alle“ gesellschaftlichen Gruppen plant und konzipiert, ist ein zu anspruchsvolles Unterfangen, sind wir doch als Professionelle in unseren Gestaltungsprozessen einigermaßen gefangen in unseren eigenen sozialen Milieus. Die Einbindung potenzieller „diverser“ gesellschaftlicher Communities in die pädagogischen Planungsprozesse von Volkshochschule ist eine Möglichkeit, den eigenen Kosmos zu erweitern und zu verschränken. Den Leitgedanken „Bildung für alle“ hin zu „Bildung mit allen“ oder zumindest zu „Bildung mit Vielen“ zu entwickeln, wird für den Verband und seine Mitgliedseinrichtungen eine große Herausforderung der kommenden Jahre sein.

3. Verankerung von Volkshochschulen im Bildungssystem

Obgleich Volkshochschule das breiteste inhaltliche Spektrum aller Bildungsinstitutionen abdeckt und für eine wesentlich längere Lebensspanne verantwortlich zeichnet, als es der Auftrag der allgemeinbildenden Schulen, der Berufsschulen oder der Hochschulen vorsieht, bildet sich die öffentlich geförderte Erwachsenenbildung nicht annähernd adäquat in einer politischen Gesamtkonzeption des Bildungssystem ab (vgl. Seitter 2014, S. 164 f). Die finanzielle Ausstattung durch die Länder ist in den vergangenen Jahren merkbar rückläufig, und dieser Trend verstärkt sich erst recht, wenn die jährlichen Inflationsraten mit einkalkuliert werden. Das Land Hessen reduzierte die Förderung der Volkshochschulen und ihres Verbandes seit 1993 kontinuierlich, aktuell steht Hessen im Vergleich der Bundesländer gemeinsam mit Schleswig-Holstein an letzter Stelle bei der grundständigen Förderung. Die Grundförderung der Volkshochschulen durch das Land Hessen beträgt derzeit etwa 0,83 Euro (!) pro Einwohner pro Jahr (Huntemann/Reichart, 2015). Dies ist sehr weit entfernt von jeder Wertschätzung, die eine Institution verdient hätte, die seit Jahrzehnten verlässlich gesellschaftliche Integration mit vielfältigsten Bildungsangeboten flankiert, flächenweit eine Grundversorgung sichert und landesweit kontinuierlich pro Jahr etwa eine halbe Millionen Teilnahmen verzeichnet. Politik und Ministerien signalisieren wohl ein offenes Ohr für die Anliegen der Trägerorganisationen, allein es fehlt an dem politischen Umsetzungswillen zu einer echten Gesamtstrategie, die Bildung als einen lebensumspannenden Weg betrachtet. In Österreich wurde bereits im Jahr 2011 eine „Strategie für lebensbegleitendes Lernen“ von allen Säulen der Bildungslandschaft mit dem Zeithorizont 2020 erarbeitet, verabschiedet und sukzessive umgesetzt (Republik Österreich, 2011). Ein Projekt, das bis heute in Deutschland – wo vielstimmig

ge Länderhoheit herrscht – kaum vorstellbar ist. Auch die einzelnen Bundesländer sind weit davon entfernt. Als es für das Land Hessen im Jahr 2014 darum ging, im Zuge der allgemeinen Haushaltskonsolidierung eine Schuldenbremse zu verabschieden, wurde der Bildungsbereich ausdrücklich ausgenommen. Die demografische Rendite, die sich aus den sinkenden Schülerzahlen ergebe, so hieß es seitens der Politik, solle im System bleiben. Diese an sich lobenswerte Tatsache führte jedoch nicht dazu, das System tatsächlich als „System lebenslanger Bildung“ zu denken. Die Rendite erreichte also nicht – wie eigentlich aus demografischer Perspektive logisch ableitbar gewesen wäre – die Erwachsenenbildungsorganisationen, sondern verblieb im „System Schule“. Zweifelsfrei sind in diesem Bereich zusätzliche Finanzmittel gut aufgehoben, doch zeigt die Entscheidung, wie weit weg Bildungspolitik von einer weitreichenden Konzeption des lebensbegleitenden Lernens ist.

Für den Hessischen Volkshochschulverband gilt es daher, auch künftig sichtbare Zeichen zu setzen, die im politischen und administrativen Raum auf die Bedeutung der Erwachsenenbildung aufmerksam machen. Und andererseits: So wichtig die Interessenvertretung der Mitgliedeinrichtungen durch den Verband ist, ein fader Beigeschmack bleibt doch, wenn öffentliche, durch das Hessische Weiterbildungsgesetz eigentlich fest verankerte und anerkannte Organisationen für ihre Sache kontinuierlich Lobbyismus bei ihren Zuwendungsgebern betreiben müssen. Die Zielrichtung der Arbeit der Interessensvertretung muss daher in zwei Richtungen gehen: spürbare Erhöhung der öffentlichen Förderung, insbesondere der des Landes Hessen. Und zweitens: konzeptionell verankerte, bildungspolitische Anerkennung der Erwachsenen- und Weiterbildung als vierte Säule der Bildungslandschaft. Ein erster Ansatz hierfür sind die Verhandlungen um den Hessischen Weiterbildungspakt, die das Land Hessen derzeit mit den öffentlichen und freien Trägern der Erwachsenenbildung führt. Inhaltlich geht es bei dem Pakt um die Erleichterung der Weiterbildungszugänge, um Integration, Inklusion und Teilhabe sowie um die Stärkung der Qualität der Bildungsorganisationen. Für all diese Arbeitsfelder braucht es eine langfristige Entwicklungsarbeit, die hinreichend von finanziellen Ressourcen flankiert sein muss und unabhängig vom politischen Tagesgeschäft zu gestalten ist.

Unabhängig von der aktuellen Bildungspolitik haben die hessischen Volkshochschulen und ihr Verband auf der operativen Ebene in zahlreichen Kooperationen ihre Arbeit positioniert und im Austausch auch von den Erfahrungen der Partnerorganisationen profitiert. Enno Knobel hat bereits in den Hessischen Blättern zum 60-jährigen Verbandsjubiläum auf die hohe Relevanz von Netzwerken für eine erfolgreiche verbandliche Tätigkeit hingewiesen (vgl. Knobel 2006). Auf hessischer Ebene ist hier sicherlich zunächst das Landeskuratorium für Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen (LAKU) zu erwähnen, das vom Hessischen Kultusministerium koordiniert wird und alle anerkannten Weiterbildungsorganisationen – insbesondere die öffentlichen und die freien Träger – regelmäßig zur Zusammenarbeit motiviert. Ebenso auf Landesebene waren die Volkshochschulen in der Zeit von 2007 bis 2014 die wesentlichen Antreiber der Hessencampus-Initiativen, die seit 2015 vom Land Hessen sukzessive in den Regelbetrieb überführt werden. Der hvv hat zudem in den Arbeitsfeldern Grundbildung, Bildungsberatung und Neue Medien von 2011 bis

2014 ein Dutzend landesweiter Hessencampus-Leitprojekte federführend gestaltet. In der Landesarbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben gelingt es Volkshochschulen und Gewerkschaften gemeinsam, unterstützt von der Geschäftsstelle der LAG in Oberursel, in der politischen Bildung starke Akzente zu setzen. In der Landesarbeitsgemeinschaft Justiz, die vom hvv koordiniert wird, stehen Volkshochschulen und Justizvollzugsanstalten für einen guten Teil der Bildungsangebote für Gefangene. Weitere Netzwerke fördern vorrangig den fachlichen Austausch: der hvv ist Mitglied in der Landesvereinigung Kulturelle Bildung, im Netzwerk Ernährung und in der Hessischen Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung (HAGE). Zusammen mit dem Hessischen Rundfunk und den Volkshochschulen gestaltet der hvv seit 50 Jahren das Funkkolleg und sorgt für den wichtigen Transfer von Wissenschaft zur Allgemeinbildung. In Kooperation mit den hessischen Universitäten und Hochschulen werden regelmäßig gemeinsame Projekte durchgeführt. Und im Bereich der Erwachsenenpädagogischen Qualifikation (EPQ) ist in 2014 eine neue Zusammenarbeit mit dem vhs-Landesverband Rheinland-Pfalz und der Universität Mainz entstanden.³

Auf Bundesebene funktioniert das Netzwerk der Landesverbände. Für den hvv war es immer selbstverständlich und gewinnbringend, aktiv im Deutschen Volkshochschul-Verband (dvv) mitzuwirken, im Vorstand, in Ausschüssen oder in den fachlich orientierten Bundesarbeitskreisen. Die telc, international tätige Tochtergesellschaft des dvv mit Sitz in Frankfurt, ist heute ein etablierter Zertifikatsanbieter für Sprachprüfungen und der hvv schätzt es, diese Partnerschaft vor Ort mit seiner Landesprüfungszentrale Sprachen zu entwickeln. Gleiches gilt für dvv international: deren Programmlinie „Globales Lernen“ findet immer öfter unter den hessischen Volkshochschulen Resonanz.

Auf europäischer Ebene steht der hvv in einer langen Tradition der internationalen Zusammenarbeit. Hier sind aktuell die Kooperationen mit dem schwedischen Partnerverband Studieförmandet und die Aktivitäten in Verbund der Europäischen Bildungs- und Begegnungszentren (EBZ) zu erwähnen. Im Rahmen des EU-Programms Erasmus+ werden künftig verstärkt gemeinsame Themenschwerpunkte der Partnerorganisationen bearbeitet.

Lebensbegleitendes Lernen ist heute und in Zukunft ohne Bildungs-Netzwerke nicht vorstellbar und auch nicht sinnhaftig. Die Pluralität von Gesellschaft kann nicht von einer Organisation allein in eine ganzheitliche Programmatik umgesetzt werden. Umso wichtiger wird es in Zukunft sein, alle dem Gemeinwohl verpflichteten gesellschaftlichen Kräfte, die sich im Feld des lebensbegleitenden Lernens engagieren, zueinander zu bringen, gleiche Zielrichtungen zu identifizieren und gemeinsam lebensweltlich orientierte Aktivitäten zu entfalten. Der hvv und seine Mitgliedseinrichtungen stehen dabei für die Idee und die Praxis von „regionaler Bildungskoordination“ und werden diese intensiv mitgestalten.

4. Volkshochschule in öffentlicher Verantwortung

Der Hessische Volkshochschulverband ist eine Dachorganisation kommunaler oder kommunal angebundener Träger. Dementsprechend ist es die Aufgabe des Verbandes

des, den Interessen der hessischen Landkreise, der kreisfreien Städte sowie den Städten mit Sonderstatus gerecht zu werden. Eine Weiterbildungseinrichtung zu betreiben und zu unterhalten, ist eine kommunale Pflichtaufgabe, die im Hessischen Weiterbildungsgesetz (HWBG, zuletzt in der Fassung vom 1.4.2015) fixiert ist. Diese Pflichtaufgabe wird in Hessen ausnahmslos den Volkshochschulen übertragen. Das HWBG verdeutlicht die Reichweite der öffentlich geförderten Erwachsenenbildung und stellt klar, dass eine Volkshochschule heute nicht einer beliebigen Programmatik verpflichtet ist, sondern einem thematischen Kanon, der Bildung ganz bewusst ganzheitlich fasst. Die Programmbereiche der Volkshochschulen spiegeln diese Bandbreite: Politik/Gesellschaft, Sprachen, Kultur, Gesundheit, Beruf, Grundbildung. Sechs Kategorien, die heute in der Praxis nicht nur versäult, sondern auch als miteinander verwobene Themenfelder gehandhabt werden. Der hvv hat seit seiner Gründung vor 70 Jahren stets mit Nachdruck die Position der programmatischen Breite im Kontext des öffentlichen Bildungsauftrags vertreten. Oftmals war dies kein leichtes Unterfangen, gab es doch immer wieder Angriffe seitens der Politik, dies in Frage zu stellen. Mit dem Primat der Ökonomie, das von der Politik spätestens Anfang der 1990er Jahre für die Bildungs- und Kulturbetriebe entdeckt wurde und zu greifen begann, wurde es immer schwieriger, ganzheitliche Erwachsenenbildung jenseits kurzfristigen Effizienzdenkens als unabdingbare Bedeutungsgröße zu argumentieren. Volkshochschulen gerieten in der Folge zunehmend in eine Rechtfertigungsposition. Der Politik gegenüber galt es fortan zu belegen, dass öffentliche Erwachsenenbildung wichtig und elementar ist, ein Modus, der anderen öffentlichen Bildungsorganisationen – den allgemeinbildenden Schulen, den beruflichen Schulen und den Hochschulen – bis heute weitgehend fremd ist. Ähnlich wie die Hochschulen wurden auch die Volkshochschulen in eine vielschichtige Projektförderlogik gedrängt, die vor allem vom Land Hessen und vom Bund ausgeht.

Die Volkshochschulen sahen sich zunehmend gehalten, ihre professionelle Kompetenz nach außen hin zu repräsentieren. Entdeckt wurde zum einen das Qualitätsmanagement, das (im Falle von LQW) dazu dient, unter Begleitung von Gutachtern herauszuarbeiten, auf welche Art und Weise die eigene Arbeit gelungen gegenüber den Lernenden ist. Es wurde für die Volkshochschulen zum organisationalen Ziel, als Einrichtung mit zertifizierter Qualität ausgezeichnet zu werden.⁴ In der hvv-Geschäftsstelle wurde im Jahr 2009 eine Referatsstelle mit Aufgaben zur Koordination und Beratung des Qualitätsmanagements besetzt.

Zum zweiten kümmerten sich die Volkshochschulen und ihr Verband verstärkt um das Thema Bildungsmarketing. Im Jahr 2002 gründete sich der Marketingverbund der hessischen Volkshochschulen unter Koordination der hvv-Geschäftsstelle. Bis heute traten fast alle Einrichtungen dem Verbund bei.⁵ Eine Zielsetzung ist seitdem, Volkshochschulen auf einem „Markt“ zu positionieren, den es im Wettbewerb mit anderen Anbietern zu erschließen, zu erweitern und zu verteidigen gilt. Besonders in der beruflichen Bildung gehört es für viele Volkshochschulen mittlerweile zum Alltagsgeschäft, sich an Ausschreibungen im wettbewerbsrechtlichen Vergabeverfahren, vor allem an denen der Bundesagentur für Arbeit, zu beteiligen. Und auch in vielen

anderen Feldern der Erwachsenenbildung hat sich in den vergangenen 20 Jahren ein freier Markt entwickelt, der mit der vhs die Zielgruppen teilt.

Trotz der hohen Energie, die seit Ende der 1990er Jahre von den Volkshochschulen in Effizienzdenken und in betriebswirtschaftliches Know-how investiert wurde, gelang es dem Verbund der Volkshochschulen dank kollektiver Organisationsentwicklung, die paradigmatische Orientierung der Bewegung vhs aufrecht zu erhalten und diese in der Praxis vor Ort weiter zu entfalten: Vielfalt, Offenheit und Begegnung stehen heute und in Zukunft im Zentrum des Handelns und beschreiben eine Programmatik, die eine angemessene öffentliche Förderung verdient und notwendig macht. Volkshochschule ist nicht nur öffentlich, sondern ist ein öffentlicher Auftrag. Dieser Auftrag impliziert, gesellschaftliche Kohäsion voranzutreiben, Bildungszugänge für möglichst viele Menschen zu schaffen und ein Niveau an Professionalität zu entwickeln, das gute Erwachsenenbildung realisiert.

Anmerkungen

- 1 Zu den Aktivitäten der Hessencampus-Leitprojekte im Bereich Online-gestütztes Lernen in den Jahren 2013-2015 vgl. online-education-skills.de
- 2 AZAV kürzt die „Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung“ nach dem Sozialgesetzbuch III ab. Die auf dieser Verordnung basierenden Fortbildungsmaßnahmen werden in Hessen von einem Verbund aus zehn Volkshochschulen (Stand Mai 2016) gemeinsam konzipiert, publiziert und angeboten. Auch eine gemeinsame Akkreditierung der Maßnahmen findet statt.
- 3 Der hvv bietet seit 2015 gemeinsam mit dem Landesverband der Volkshochschulen in Rheinland-Pfalz und dem Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung der Universität Mainz den modularen Lehrgang „Lehren lernen – Lernen lehren“ an.
- 4 Vgl. den Beitrag von Christiane Ehses in diesem Band.
- 5 Vgl. den Beitrag von Steffen Wachter in dieser Ausgabe.

Literatur

- Die Bundesregierung (Hrsg.): Digitale Agenda 2014-2017. Berlin 2014, www.digitale-agenda.de/Content/DE/_Anlagen/2014/08/2014-08-20-digitale-agenda.pdf?__blob=publicationFile&v=6
- Dräger, J., Müller-Eiselt, R.: Die digitale Bildungsrevolution. Der radikale Wandel des Lernens und wie wir ihn gestalten können. München, 2015.
- Goetze, D.: Modernisierung. In: Nohlen, D. (Hrsg.): Lexikon der Politik, Bd. 4: Die östlichen und die südlichen Länder. Berlin 2004
- Huntemann, H., Reichart, E.: Volkshochschulstatistik, 53. Folge, Arbeitsjahr 2014, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung, Bonn 2015. www.die-bonn.de/doks/2015-volkshochschule-statistik-36.pdf
- Köck, C., Will, S.: Erweiterte Lernwelten für Volkshochschulen in Deutschland. Strategiepapier im Auftrag des Deutschen Volkshochschul-Verbandes. Bonn 2015 www.dvv-vhs.de/fileadmin/user_upload/6_Themenfelder/Erweiterte_Lernwelten/Strategiepapier_ELW_Juni_2015.pdf
- Knobel, E.: Vernetzte Verbandsarbeit. Der hvv im Verbund der Verbände und Institute. In: Hessische Blätter für Volksbildung 2/2006, S. 139-147

- Ramge, T: Mehr Ding als Internet. In: Brand Eins 7/2015. Schwerpunkt Maschinen. S. 48-53.
www.brandeins.de/archiv/2015/maschinen/internet-der-dinge-industrie-4-0-mehr-ding-als-internet/
- Republik Österreich (Hg.) LLL 2020 – Strategie zum lebensbegleitenden Lernen in Österreich. Wien 2011. www.bmbf.gv.at/ministerium/vp/2011/lll-arbeitspapier_ebook_gross_20916.pdf?4dtiae
- Schemmann, M., Seitter, W.: Bildungsberatungsbericht Hessencampus 2013. Hrsg. Vom Hessischen Volkshochschulverband, Frankfurt 2014.
- Seitter, W.: Über die Profilierung des Gesagten und die Grenzen des Sagbaren. Eine Selbstvergewisserung. In: Schemmann, M, Seitter, W. (Hrsg.): Weiterbildung in Hessen. Eine mehrperspektivische Analyse. Wiesbaden 2014, S. 163-167.
- Süssmuth, R.: In die Zukunft investieren. Vorwort in: Deutscher Volkshochschul-Verband (Hrsg.): Die Volkshochschule – Bildung in öffentlicher Verantwortung. Bonn 2011, S. 7